# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Zweite Ausgabe

12

Wien, am 10. Jänner 1931.


## Finanzausgleich und Städtebund.

### Vorsprache der Gemeindevertreter beim Bundeskanzler.

Der Städtebund hielt heute im Wiener Rathaus eine Sitzung seines Grossen Ausschusses ab, um zu der Regierungsvorlage über die Abgabenteilung Stellung zu nehmen. Die Bürgermeister aller grösseren Städte waren erschienen. Vizebürgermeister Rückl (Graz) berichtete über die schwere finanzielle Not der Provinzgemeinden und unterbreitete eine Reihe von Forderungen an die Regierung. Nach einer sehr ausführlichen Debatte wurde eine Resolution angenommen und beschlossen, eine Abordnung zur Bundesregierung zu entsenden.

Unter Führung des Sekretärs Honay sprachen nachmittags die Vertreter des Städtebundes bei Bundeskanzler Dr. Ender und Bundesfinanzminister Dr. Juch im Bundeskanzleramt vor und überreichten die Resolution, die von den Vertretern der Bundesregierung zur Prüfung entgegengenommen wurde. Die Resolution enthält die Forderung nach Auflassung des Bundespräzipuums und nach Aufteilung der Vermögenssteuer; sollte eine Bundesbenzinsteuer eingeführt werden, so verlangt der Städtebund, dass jene Gemeinden, die für die Erhaltung von Strassen zu sorgen haben, nach bestimmten Grundsätzen beteiligt werden. Wenn Wien von seinen Anteilen an den direkten Steuern Sitzquoten abgeben sollte, so sollen diese Beträge nicht nur auf die Länder, sondern auch auf die Gemeinden aufgeteilt werden. Sollte beim Finanzausgleich Wien an den indirekten Steuern auf Grund des Vorschlages, der die Anwendung des einfachen Bevölkerungsschlüssels vorsieht, beteiligt werden, so fordert der Städtebund, dass die Beträge, auf die Wien von seinen Gemeindeanteilen verzichtet, ausschliesslich auf die Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern auf Grund des qualifizierten Bevölkerungsschlüssels aufgeteilt werden. Schliesslich verlangen die Gemeinden, dass der Bund für eine genaue Finanzstatistik der Gemeinden sorge, und protestieren gegen jede Kürzung ihrer Ertragsanteile zugunsten der Länder, gegen die Inkamerierung der Landesbiersteuer durch den Bund und gegen die Aufrechterhaltung des Vetorechtes der Bundesregierung.

Bundeskanzler Dr. Ender sagte der Abordnung zu, dass die Regierung nach Anhörung der Ländervertreter auch Vertreter des Städtebundes zur Besprechung des Finanzausgleiches noch einmal empfangen werde.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

## Sitzungen im Rathaus.

Die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1929 wird in der kommenden Woche am Montag in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des städtischen Finanzausschusses fortgesetzt. Die Sitzung beginnt um 16 Uhr.



-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-